

39
78

Union in Deutschland

Bonn, den 16. November 1978

Mehr Entlastung für die Familie

Weil SPD und FDP nicht bereit waren, den Vorschlägen der Union zur Verbesserung der Situation für Mütter mit Kindern sowie einer steuerrechtlichen Regelung zuzustimmen, daß Kinder aus intakten Ehen nicht schlechter behandelt werden dürfen als Kinder aus unvollständigen Ehen, ist das erste Vermittlungsverfahren beim Steuerpaket gescheitert, erklärte Helmut Kohl in Bonn.

Gleichzeitig wollte die CDU/CSU durch zusätzliche steuerliche Entlastung der Betriebe wirksame Maßnahmen zur Förderung des Wachstums und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit erreichen.

Schließlich hielt die CDU/CSU eine angemessene Ausgleichsregelung für die Gemeinden für notwendig. Nach unserer Auffassung war eine Erhöhung der Mehrwertsteuer nur unter diesen Voraussetzungen vertretbar.

Durch die Ablehnung der Vorschläge der Union trägt die Koalition die Verantwortung für das Scheitern des Vermittlungsverfahrens beim Steuerpaket.

Im Interesse der Steuerzahler, welche zu Recht auf Entlastungen warten, war die CDU/CSU bereit, der Koalition noch weiter entgegenzukommen, als sie es schon im bisherigen

Weiter auf Seite 2

■ INFORMATION

Helmut Kohl: Schluß mit der Schnüffelei

Seite 2

■ STÄDTEBAU

Großstadtmisere — eine Folge verfehlter SPD-Kommunalpolitik

Seite 5

■ MEDIEN-KONGRESS

Demokratie in Funk und Fernsehen erfordert auch Konkurrenz

Seite 7

■ KOALITION

Der Linksruck der FDP in Mainz

Seite 10

■ STUDENTEN

Zu einem offenen und fairen Dialog bereit

Seite 11

■ JUGENDHILFE

Das Elternrecht wird ausgehöhlt

Seite 13

■ BAföG

Schmude hat eine gute Chance vertan

Seite 14

■ ZUR SACHE

Dank SPD/FDP weniger Kindergeld als 1970

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer

grüner Tell

■ INFORMATION

Schluß mit der Schnüffelei

Das Nachforschen nach möglicher NS-Vergangenheit von demokratischen Politikern, die jetzt schon über 30 Jahre in hohen und höchsten Staatsämtern unseres Staat gedient und ihre demokratische Gesinnung unter Beweis gestellt haben, muß endlich eingestellt werden, forderte Helmut Kohl anlässlich der anhaltenden Diskussion über den Bundespräsidenten und Bundestagspräsidenten.

„Wer — wie wir alle — Gesinnungsschnüffelei bei der heutigen jungen Generation ablehnt, darf dies nicht bei der Jugend von gestern nachholen“, mahnte der Vorsitzende. Damit werde nicht

nur das Vertrauen in demokratische Politiker, sondern das in unsere Demokratie national wie international zerstört. „Nur wer je unter einer Diktatur gelebt hat, kann begreifen, welchem Druck und welchen Methoden sich viele Mitbürger im Dritten Reich ausgesetzt sahen.“

Auch Gerhard Stoltenberg erklärte in Kiel, es müsse „endlich Schluß mit der erbärmlichen Methode gemacht werden, die politischen Auseinandersetzungen von heute mit Entstellungen und Verdrehungen über die Vorgänge in den Jahren 1933 bis 1945 führen zu wollen.“

Dank der Union: Keine Kfz-Steuer-Erhöhung

Nach monatelangem Hin und Her hat sich die CDU/CSU im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages durchge-

(Fortsetzung von Seite 1)

Gesetzgebungsverfahren angeboten hatte, stellte der Vorsitzende des finanzpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele fest.

Der CDU/CSU kommt es darauf an, die Lage der Familien zu verbessern durch Einführung von Kinderfreibeträgen und Arbeitsplätze zu schaffen durch einen stärkeren Abbau der ertragsunabhängigen Steuerlast der Betriebe. SPD und FDP bestanden jedoch darauf, über 7 Milliarden DM Mehrwertsteuererhöhung zu kassieren, ohne die intakte Familie mit der nicht-intakten gleichzustellen und ohne jeden Abbau der investitions-hemmenden Gewerbesteuer. Es ist falsch, die Mehrwertsteuer anzuhäufen zur Finanzierung der überzogenen Ausgabenwirtschaft.

Entscheidend ist jetzt, daß der von der CDU/CSU schon im Frühjahr beantragte und heute unbestrittene Einkommen (Lohn-)Steuertarif unverzüglich verabschiedet wird, damit er 1979 in Kraft treten kann. Die CDU/CSU hat den entsprechenden Gesetzesantrag eingebracht.

Die heimlichen Steuererhöhungen müssen abgebaut werden, ohne daß der Staat durch Erhöhung der Mehrwertsteuer mit der einen Hand das wieder nimmt, was er mit der anderen gibt. Über die umstrittenen Teile, welche erst 1980 in Kraft treten sollen, muß weiter gerungen werden.

Die CDU/CSU fordert die SPD/FDP-Koalition auf, endlich über ihre ideologischen Hürden zu springen und den Weg zur Entlastung der Steuerzahler und der Familien freizugeben.

setzt: Auf ihren Antrag ist die von der Bundesregierung vorgeschlagene Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für Pkw um etwas mehr als 4 Prozent einmütig gestrichen worden. Die entschlossene Frontstellung der Union gegen ständig neue Steuererhöhungen hat damit in einem wichtigen Bereich zum Erfolg geführt.

Bisher 35 840 Unterschriften

35 840 Hamburger Bürger hatten sich bis Mitte vergangener Woche in die Unterschriftenlisten der CDU gegen die von Bürgermeister Klose geplante Abschaffung des Extremistenbeschlusses eingetragen. „Noch nie sind so viele Mitbürger über eine staatliche Maßnahme so empört gewesen“, sagte Oppositionsführer Jürgen Echternach bei Vorlage des Halbzeit-Ergebnisses. Die Aktion, die seit drei Wochen läuft und Ende November abgeschlossen werden soll, ist auch von zahlreichen SPD-Mitgliedern unterstützt worden.

„Kritische Journalisten nicht behindern“

Die CDU/CSU hat sich dafür ausgesprochen, kritische Journalisten nicht unnötig durch das Strafrecht zu behindern. Zu diesem Zweck brachte sie im Bundestag erneut einen Antrag auf Änderung des Paragraphen 353 c (Geheimnisverletzung) des Strafgesetzbuches ein. Zur Begründung erklärte der Rechtsexperte der Fraktion, Hans Hugo Klein, eine Kollision zwischen dem Grundrecht der Presse- und Informationsfreiheit einerseits und dem Interesse der Bundesregierung auf Geheimhaltung bestimmter Vorgänge andererseits, solle durch Streichung von drei Absätzen dieses Strafrechtsparagraphen vermieden werden. Die Opposition hatte einen entsprechen-

den Vorstoß schon vor über vier Jahren unternommen. Die geplante Gesetzesänderung wurde jedoch im letzten Bundestag nicht mehr abschließend behandelt. Die CDU/CSU betonte, der Paragraph 353 c in seiner jetzigen Fassung beziehe jedes formelle Geheimnis ein und beschränke den Täterkreis nicht. Durch unberechtigte Strafverfolgung könne er die Informationsfreiheit der Bevölkerung erheblich beeinträchtigen.

Eine Gesellschaft ohne Menschenliebe

CDU und CSU haben seit Jahren nicht nur auf die negativen Folgen des anhaltenden Geburtenrückgangs in der Bundesrepublik hingewiesen, sondern auch konkrete Vorschläge dazu gemacht, wie durch eine bessere Familienpolitik eine Umkehr dieser Entwicklung erreicht werden kann. Dies erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Helga Wex zu einer Studie des Bundesinnenministeriums über die langfristigen Auswirkungen des Geburtenrückgangs in der Bundesrepublik Deutschland. Ehepaare sollten nicht deswegen auf Kinder verzichten müssen, weil die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Belastungen unzumutbar hoch seien. Eine Gesellschaft, deren Kinderzahl sinke, sei eine Gesellschaft, die an Liebe verliere. Dieser Gesichtspunkt sei angesichts der rückläufigen Geburtenquote zumindest ebenso wichtig wie die Sorge um die dauerhafte Sicherung unserer Zukunft.

Schröder warnt vor Alleingang der DDR

Die DDR-Regierung könnte nach Auffassung des Lüneburger CDU-Bundestagsabgeordneten Schröder versuchen,

das Regierungsprotokoll über die bisherige Arbeit der gemeinsamen Grenzkommision der beiden deutschen Staaten nach dessen Unterzeichnung einseitig beim Sekretariat der Vereinten Nationen im Sinne von Artikel 102 der UN-Charta registrieren zu lassen. Falls es dazu käme, würde dadurch die Rechtsqualität dieses Regierungsprotokolls verändert und der Auftrag der Grenzkommision, der über den Grundvertrag auch an die Alliiertenvereinbarungen der Besatzungsmächte gebunden sei, aus diesen Bindungen gelöst, warnte Schröder. Dann würde es im Hinblick auf die Warnung der westlichen Auffassungen über die besondere Rechtsnatur der innerdeutschen Grenze und über die rechtliche politische Vorläufigkeit der Teilung Deutschlands erforderlich sein, daß die Bundesrepublik auch den Grundvertrag einschließlich des Briefes zur deutschen Einheit bei den Vereinten Nationen hinterlege und zweifelsfrei auf die dort festgelegten Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin hinweise; die Regelungen hätten bis zu einem endgültigen Friedensvertrag mit Deutschland zu gelten.

Transitstrecke sichern

Der von der Bundesregierung genannte Betrag für den Bau der Autobahn-Transitstrecke von Berlin nach Hamburg von 1,5 Mrd. Mark sei weit überhöht, erklärte anläßlich des Abschlusses der Verkehrsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR der stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen Olaf von Wrangel. Die CDU/CSU könne erst dann diese Verhandlungen abschließend beurteilen, wenn alle Einzelheiten vorliegen

würden. Sie werde die Verkehrsvereinbarung nach folgenden Kriterien prüfen:

1. Die neue Transitstrecke nach Berlin müsse im Einvernehmen mit den Alliierten als Zugangsweg gesichert sein.
2. Die Bundesregierung sollte die jetzt offenbar erhöhte Transitpauschale mit Zahlungen verrechnen, um eine zusätzliche einseitige Belastung der Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden.
3. Die Zahlungsmodalitäten müßten so festgelegt sein, daß nicht nur Verkehrsprojekte fertiggestellt werden könnten, sondern auch ihre Funktionsfähigkeit für lange Zeit gesichert bleibe.

Sympathien für die Vorschläge der Union

Zu den Beratungen des Vermögensbeteiligungsgesetzes der CDU/CSU im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages erklärte der eigentumspolitische Sprecher der Fraktion, Elmar Pieroth: Die Beratungen hätten gezeigt, daß sich die Koalition in der Sache der Position der CDU/CSU angleiche. Die Bundesregierung gebe selbst zu, daß sie in der Vermögenspolitik keine gute Figur mache. Die Beratungen seien vertagt worden, um ihr die Möglichkeit zu geben, eigene Vorschläge vorzulegen.

Sport als Integrationshilfe

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU hat programmatische Aussagen zur Förderung des Sports für Behinderte, für ältere Menschen, für jugendliche Strafgefangene und für ausländische Mitbürger verabschiedet. Sport bietet nach Ansicht der CDU die Möglichkeit, bestimmte Kenntnisse, Fähigkeiten und Einstellungen zu gewinnen, die das Zusammenleben mit anderen Menschen positiv beeinflussen. Er bietet aber auch die Chance, aus eigener Kraft Probleme des Alltags zu bewältigen.

■ STÄDTEBAU

Großstadtmisere — eine Folge verfehlter SPD-Kommunalpolitik

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Koalitionsfraktionen zur Städtebaupolitik kann nicht befriedigen. Sie ist nichts weiter als eine Auflistung seit längerer Zeit bekannter Tatbestände, die gerade in den Großstädten und Ballungsräumen zu schlechten sozialen, stadtstrukturellen und wirtschaftlichen Ergebnissen geführt hat. Sie läßt jede Perspektive zur Lösung der Probleme vermissen, erklärte in der Debatte um den Städtebau MdB Klaus Francke im Bundestag.

Die Antwort der Bundesregierung vermeidet es darüber hinaus, die politischen Täter beim Namen zu nennen, die für die geschilderten Tatbestände verantwortlich sind. Das sind in erster Linie die Oberbürgermeister und Bürgermeister der SPD-regierten Städte sowie Mandatsträger der Sozialdemokratischen Partei. Sie haben gemeinsam mit den von ihnen politisch beherrschten Wohnungsbaugesellschaften den heute kritisierten, zum Teil menschenfeindlichen Städtebau der fünfziger und sechziger Jahre propagiert. Insofern fehlt uns auch das Vertrauen, daß die jetzige SPD in der Lage wäre, die Fehler wieder auszugleichen.

Eine ganz entscheidende Folge der Abwanderung aus den Großstädten und Ballungsräumen stellt auch die sinken-

de Finanzkraft dieser Gemeinden dar, obwohl sie andererseits im Bereich der Kultur, der Bildung, des Gesundheitswesens sowie des öffentlichen Personennahverkehrs Vorleistungen und Leistungen auch für das Umland erbringen müssen.

Eine Chance für eine durchgreifende Lebensverbesserung in unseren Städten sieht die CDU/CSU-Fraktion in einer Kombination verschiedener Schritte, die sie in 8 Forderungen im Parlament vorgetragen hat:

- ① Mehr Soziale Marktwirtschaft im Bereich des Städte- und Wohnungsbaus.
- ② Ausbau der Möglichkeiten und Förderung von mehr privatem Eigentum im Städte- und Wohnungsbau.
- ③ Tatsächlicher Abbau hemmender, sich zum Teil widersprechender Vorschriften im Baurecht.
- ④ Rückkehr der Planung zu mehr Kleinmaßstäblichkeit — weg vom stadtzerstörerischen Gigantismus.
- ⑤ Stärkung und Ausbau der Beteiligungsrechte der Bürger an Fragen der Stadtplanung, allerdings bei gleichzeitiger Beibehaltung des Prinzips der uneingeschränkten Entscheidungsbefugnisse der gewählten Parlamente.
- ⑥ Stärkung der Planungs- und Entscheidungsrechte der Gemeinden.
- ⑦ Stärkere Betonung von raumordnerischen Gesichtspunkten.
- ⑧ Bereitstellung von mehr Mitteln des

Bundes durch Prioritätenänderung zur Unterstützung von Maßnahmen der Länder und Gemeinden im Bereich der Verbesserung des Wohnumfeldes.

Die CDU/CSU legt großen Wert darauf, daß die Innenstädte auch für kinderreiche Familien attraktiv bleiben. Deshalb muß die Wohnungsbaupolitik für kinderreiche Familien intensiviert werden, stellte MdB Friedrich-Adolf Jahn (Münster), in der gleichen Debatte fest.

Die CDU/CSU hat deshalb hierzu ein umfassendes Programm vorgelegt, und zwar

- Verdoppelung der 7b-Abschreibung von 8 auf 16 Jahre für kinderreiche Familien,

- Verdoppelung der Zusatzprämie bei der Bausparförderung ab drittes Kind von 2 Prozent auf 4 Prozent,

- zusätzlicher Einkommensfreibetrag von 600 Mark ab drittes Kind beim Wohngeld,

- Bürgschaften für Wohnungsbaudarlehen von je 20 000 Mark ab drittes Kind. Gestellte Anträge sind am 18. Oktober 1978 im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages von SPD und FDP abgelehnt worden.

Damit noch nicht genug: Auch Wohnungsbauminister Haack hat sich zum Ziel gesetzt, einen Schwerpunkt bei der Wohnungsbaupolitik für kinderreiche Familien zu setzen. Dies hat er im Deutschen Bundestag am 12. Mai 1978 ausgeführt. Anschließend erfolgte am 31. August 1978 eine Pressekonferenz. Laut „Süddeutsche Zeitung“ haben die Bundesminister Antje Huber und Dieter Haack ausgeführt, daß die Bundesregierung den öffentlich geförderten Wohnungsbau in verstärktem Maße zu einem Instrument der Familienpolitik machen wolle.

Im einzelnen wurden folgende Vorschläge unterbreitet:

- Die Familienheim-Zusatzdarlehen sollen erhöht werden.

- Bei der steuerlichen Begünstigung durch den Abschreibungsparagraphen 7b soll für Ausbauten und Erweiterungen in Eigenheimen und Zweifamilienhäusern die Jahresgrenze künftig nicht mehr gelten.

- Beim Bausparen soll der prämienbegünstigte Höchstbetrag von derzeit jährlich 800 Mark für Alleinstehende und 1 600 Mark für Verheiratete, auf den sich die Prämiensätze beziehen, um einen Zusatzbetrag für Kinder aufgestockt werden.

All diese angekündigten Vorschläge haben in den Haushaltsplänen der Bundesregierung keinen Niederschlag gefunden. Die Union hat am 18. Oktober 1978 im Finanzausschuß den Antrag gestellt, Anbauten an neueren Gebäuden nach § 7b ebenfalls zu begünstigen. Auch dieser Antrag ist von SPD und FDP abgelehnt worden.

Minister Haack muß sich schon an dem messen lassen, was er durchsetzt und nicht an dem, was er publikumswirksam auf Pressekonferenzen äußert. Dazwischen klafft eine große Kluft, die in letzter Zeit offensichtlich immer größer wird!

Die CDU/CSU setzt sich mit Nachdruck dafür ein, daß Familien, die Eigentum erwerben wollen, dies früher können als das bisher der Fall ist. Nach Erhebungen der Bausparkassen liegt ihr Alter zur Zeit etwa bei 40 bis 45 Jahren. Es ist aber familienpolitisch und auch wirtschaftlich wenig sinnvoll, wenn kinderreiche Familien Eigentum erst erwerben können, wenn die Kinder schon so groß sind, daß sie das Elternhaus schon wieder verlassen.

■ MEDIENKONGRESS

Demokratie in Funk und Fernsehen erfordert auch Konkurrenz

Der große Andrang von Medienprominenz und das überaus positive Echo auf den Medientag der CDU/CSU in Bonn am 7. und 8. November 1978 haben gezeigt, daß die Vorstellungen der Union auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Die Union tritt für eine privatwirtschaftlich organisierte Konkurrenz gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem in der Bundesrepublik Deutschland ein.

In allen Reden und Diskussionsbeiträgen von Unionspolitikern, von Helmut Kohl, Friedrich Zimmermann, Heiner Geißler über Kurt Biedenkopf, Christian Schwarz-Schilling bis zu Hans Hugo Klein, kam klar zum Ausdruck, daß der Monopolcharakter der gegenwärtigen Rundfunkstruktur nicht mehr im Einklang mit den verfassungsmäßigen Vorschriften steht. Dennoch setzt sich die Union für die Erhaltung des bestehenden Rundfunksystems ein.

In 10 Thesen legte die CDU/CSU ihre Position zu den elektronischen und Printmedien dar. Helmut Kohl sprach in diesem Zusammenhang von Klarheit und Eindeutigkeit des Einladers, die zur Wahrhaftigkeit eines Medientages gehörten. Zu den wichtigsten Einzelthemen führte der Parteivorsitzende, der mit seiner Ansprache die Generalinlinie der Fachtagung absteckte, u. a. aus:

Die Medienlandschaft der Bundesrepu-

blik Deutschland, und ich meine vor allem hierbei jene der elektronischen Medien, ist heute nach meinen Erfahrungen durch drei wesentliche Umstände bestimmt:

① Die Wehleidigkeit der Macher, das Selbstmitleid der Politiker und die Zuschauer- oder Zuhörerrolle des Volkes, das immer mehr im fatalen Sinne des Wortes abgedrängtes Publikum ist.

② Die Versteinerung des Zustandes, in dem die öffentlich-rechtliche Organisation von Hörfunk und Fernsehen zu einem ideologischen Glaubenssatz erhoben wird, statt darin eine der guten und möglichen Organisationsformen von Rundfunk in einem freiheitlichen Rechtsstaat zu sehen.

③ Das unter erstens genannte ungesunde Klima und die unter zweitens genannte Dogmatisierung führen dazu, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland Gefahr laufen, auf einen medienpolitischen wie technologisch zweitrangigen Standard abzusinken.

Wehleidigkeit der Macher, Selbstmitleid der Politiker und Publikumsrolle des Staatsvolkes: Wir Deutschen haben nicht das Glück einer jahrhundertealten demokratischen Tradition wie etwa die Angelsachsen. Wir sind daher — und ich meine hier Politiker aller Parteien und nehme mich nicht davon aus — unentwegt auf der Flucht vor der schlechten und auf der Suche nach der

guten Presse. Wir Politiker fühlen uns von den Medien meist mißverstanden und vergessen dabei, daß das Mißverständnis ein konstruktives Element der Demokratie ist.

Mehr Mitleid — als Politiker mit sich — haben nur noch viele Medienmacher mit sich. Noch weniger als die Politiker beherzigen sie die alte Boxregel, daß man nicht nur hart im Geben, sondern noch härter im Nehmen sein muß. Während wir immerhin auf das demokratische Mandat des Gewählten — wenn auch schüchtern — verweisen würden, verwechseln manche Journalisten ihr subjektives Tun mit dem objektiven Gut der Pressefreiheit. Während die journalistische Kritik am Politiker demokratische Selbstverständlichkeit ist, ist die Kritik an journalistischen Einrichtungen oder gar an Journalisten selbst häufig Ausweis autoritärer Gelüste.

Am wenigsten aber wird von der Hauptsache gesprochen, der „Information als Bürgerrecht“. Und wenn davon gesprochen wird, dann viel zu oft mit der Anmaßung, daß es um die Sache des Bürgers am besten stünde, wenn die Hauptakteure des sogenannten öffentlichen Lebens — das sind die Politiker und die Meinungsmacher — Grund zur Zufriedenheit haben. Solange der Souverän nur Publikum ist, ist die Information als Bürgerrecht nicht garantiert.

Während die Presse der Bundesrepublik Deutschland durchaus im Spitzenfeld der internationalen Szene zu finden ist, müssen wir uns doch fragen, ob wir nicht auf dem besten Wege sind, die statischste Rundfunk-Großmacht der westlichen Welt zu werden. Wir haben das einzige öffentlich-rechtliche Rundfunksystem der westlichen Welt, in dem es sich einige erlauben, Verkündi-

gungsjournalismus zu betreiben und zunehmend die Frage gestellt wird, ob sich die Information wirklich der fairen und ausgewogenen Zurückhaltung des Monopols befleißigt oder sich aller Rechte der privatwirtschaftlichen und tatsächlich pluralistisch organisierten Presse anmaßt.

Kein vernünftiger Mensch kann doch in der Bundesrepublik Deutschland annehmen oder gar anstreben, daß die Tage unserer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gezählt sind. Aber angesichts unserer internationalen Entwicklung ist doch die Frage mehr als berechtigt, ob nicht auch die Tage des Monopols gezählt sind.

Ich habe immer wieder erklärt und will das auch heute hier tun, daß unsere Rundfunkanstalten und ihre Mitarbeiter — auch im internationalen Bereich — Spitzenleistungen bringen. Aber ich glaube dennoch, daß Demokratie auch im Rundfunkbereich ohne ein Höchstmaß an Konkurrenz nur schwer vollziehbar ist.

Die neuen Technologien — vor allem Kabel und Satellit — erzwingen neue Überlegungen, eröffnen neue Chancen auch der Konkurrenz. Natürlich garantiert das Konkurrenzprinzip kein Kommunikationsprinzip, aber es ermöglicht ein viel größeres Ausmaß an Pluralität.

Wer die Information als ein Bürgerrecht begreift, wer Information und Kommunikation nicht nur als eine Interessengemeinschaft zwischen Politikern und Meinungsmachern versteht, der muß sich mit uns im Bemühen um eine zeitgemäße Ausstattung unserer Medienlandschaft vereinen. Nicht in der Gegnerschaft zum Bestehenden, sondern in der Nutzung des tatsächlich Verfügbaren.

■ KOALITION

Die heimliche Außenpolitik der SPD

Die Union ist entschlossen, sich den Versuchen von SPD-Politikern wie Brandt, Bahr, Wischnewski entgegenzustemmen, heimlich die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland mit Hilfe der Sozialistischen Internationale auf eine dem Konsens der westlichen Allianz entgegengesetzte Bahn umzuleiten.

Anläßlich des 14. Kongresses der Sozialistischen Internationale in Vancouver (Kanada) hatte SI-Präsident Willy Brandt, Nachrichtenagenturen und der „Welt“ vom 7. November zufolge, u. a. erklärt, daß zur Bekämpfung von Regierungen, die durch Gewalt aufrecht erhalten werden, manchmal die Anwendung von Gewalt erforderlich sei. Nach Presseberichten aus Vancouver hat sich auch Wischnewski für eine stärkere Unterstützung der sog. Frontstaaten, zu denen u. a. Sambia, Tansania, Mozambique und Angola zählen, ausgesprochen.

Hierzu erklärte Paul Röhner, Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion: „Niemand, der die bisherigen Einlassungen maßgeblicher SPD-Politiker zu den Konflikten im südlichen Afrika kennt, wird sich über die offene Kriegshetze wundern, die bei der Tagung der Sozialistischen Internationale in Vancouver gegen Südafrika und Rhodesien vorgetragen wurde. Die kommunistischen und terroristischen Gruppen dieser Region heißen im SPD-Sprachgebrauch längst ‚Befreiungsbewegungen‘ und sind vom SPD-Bundesgeschäftsführer jeglicher Unterstützung für

würdig erklärt worden... Entscheidend ist, daß die SPD im Verbund der ‚Sozialistischen Internationale‘ und in den sich entwickelnden sowjetisch-sozialdemokratischen Sonderbeziehungen die amtliche Außenpolitik immer mehr unterläuft... Genscher muß sich die Frage gefallen lassen, ob er noch in der Lage ist, seinen Geschäftsbereich nach eigener Verantwortung wahrzunehmen, wie es das Grundgesetz vorsieht.“

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Friedrich Zimmermann schrieb zum gleichen Thema: „Was Brandt im fernen Kanada geäußert hat, muß den Menschen hierzulande den Atem verschlagen: der Mann, der dem deutschen Bürger gegenüber ständig das Wort Frieden im Munde führt, hat sich offen und ungeniert für die Gewalt als Mittel der Politik ausgesprochen. Dies ist die Sprache des Revolutionärs, und nicht die eines Vertreters der Friedenspolitik. Brandts Worte... müssen von den Feinden unseres Staates geradezu als moralische Rechtfertigung für ihr gewalttätiges Treiben verstanden werden. Die Bundesregierung muß sich unverzüglich von dem SPD-Vorsitzenden distanzieren, wenn sie nicht Gefahr laufen will, daß die Bundesrepublik als Land der konsequenten Gewaltverzichtspolitik unglaubwürdig wird... Der SPD-Vorsitzende sollte von sich aus den Friedensnobelpreis zurückgeben. Er hat sich seiner nicht als würdig erwiesen.“

In einem Zeitungsartikel des Obmanns der Fraktion für Verteidigungsfragen Willi Weiskirch heißt es u. a.: „Gewalt scheint demnach in der Sozialdemokratischen Partei salonfähig zu werden. Und da die SPD als die maßgebliche Bonner Regierungspartei auch die außenpolitische Fäden spinnt; ist die Sorge berechtigt, daß eines Tages Gewalt und Gewaltanwendung auf moralische

und materielle deutsche Unterstützung rechnen könnten ... Bis zur Stunde gibt es offenbar niemanden in der SPD, der es für geboten hielte, solchen Theorien energisch zu widersprechen ..."

Ein Beispiel für die SPD-„Arbeitsteilung“

Zu den Äußerungen des SPD-Vorsitzenden Brandt in Travemünde zum Europäischen Währungssystem erklärt der CDU-Abgeordnete Elmar Pieroth: Der SPD-Vorsitzende hat in einem Atemzug erklärt, „die Bundesrepublik dürfe sich nicht auf einer Insel der Stabilität eingeln“, sondern müsse sie größer werden lassen, aber Stabilität dürfe nicht auf Kosten der europäischen wirtschaftlichen und demokratischen Verflechtung gehen. Brandt muß sich fragen lassen, was solche diffusen und widersprüchlichen Äußerungen bezwecken. Es drängt sich der Verdacht auf, daß in der bekannten Arbeitsteilung Brandt dazu ausersehen ist, mit vagen Andeutungen die Öffentlichkeit langsam an das Gift der Inflation zu gewöhnen, während Bundeskanzler Schmidt die Gefahr der Inflationierung bei Einführung des Europäischen Währungssystems abstreitet. Schließlich war es Brandt, der in seiner Regierungszeit das Anschwellen der Inflation geduldet hat.

Werbung für die SEW im SFB

Scharfen Angriffen seitens des Berliner CDU-Fraktionsvorsitzenden Heinrich Lummer sieht sich Intendant Wolfgang Haus (SPD) vom Sender Freies Berlin (SFB) ausgesetzt. Nachdem, der Süddeutschen Zeitung zufolge, bekannt geworden war, daß eine Reporterin und ein Reporter des Senders in den SFB-Räumen Wahlwerbung für die Sozialistische Einheitspartei Westberlin (SEW) betrieben hatten, meinte der CDU-Poli-

tiker, damit werde eine bedenkliche Entwicklung in den Rundfunkanstalten bestätigt. Unter dem Deckmantel der Pluralität und Meinungsvielfalt setze man sich einseitig für die Vertretung extremer und verfassungsfeindlicher Positionen ein. Der bekanntgewordene Fall sei nicht einmalig, vielmehr handle es sich um konsequente Wiederholung. Gleichzeitig warf Lummer dem Intendanten vor, versucht zu haben, den Vorfall geheimzuhalten.

Deutlicher Linksruck der FDP in Mainz

Die FDP hat auf ihrem Mainzer Parteitag einen deutlichen Linksruck vollzogen. Die in Mainz tagende FDP hat mit den liberalen Prinzipien der Partei von Theodor Heuss nichts mehr zu tun, erklärte Helmut Kohl zum Ablauf des FDP-Parteitages in Mainz.

Der Linksruck drückt sich sowohl im Ergebnis der Präsidiums- und Vorstandswahlen als auch in Sachbeschlüssen des Parteitages aus. Die Linken haben in den Führungsgremien der FDP eine bestimmende Position erhalten.

Der Beschluß des Parteitages in der Frage der Zulassung von Extremisten zum öffentlichen Dienst macht den Linkstrend in der FDP besonders deutlich. Die Verwirklichung dieses Beschlusses würde zu Willkür führen und öffnet den Kommunisten und Faschisten den Weg in unsere Schulen.

In der Energiepolitik hat die FDP zwar im Grundsatz ihren Kieler Beschluß bekräftigt, diesen aber in den Folgeentscheidungen, z. B. beim Schnellen Brüter, wieder zurückgenommen.

Zusammenfassend stellt sich die Frage: Worin unterscheidet sich die FDP noch von der SPD? Die FDP-Führung hat keine koalitionspolitische Manövrierfähigkeit.

■ STUDENTENUMFRAGE

Zu einem offenen und fairen Dialog bereit

Die Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach zu den politischen Einstellungen der Studenten in der Bundesrepublik Deutschland hat nach heftigen öffentlichen Kontroversen vor allem ein positives Ergebnis gebracht: ein neuer Anfang für einen offenen, fairen Dialog zwischen Politik und Hochschule hat jetzt endlich wieder Aussicht auf Erfolg.

Vorurteilsfrei müssen Politiker, Hochschullehrer und Studenten nun die von gegenseitiger Toleranz getragene Diskussion über das Verhältnis von Hochschule, Staat und Gesellschaft über Pluralismus in Gesellschaft und Hochschule, über die freiheitlich-demokratische Ordnung in Gesellschaft und Staat, über Freiheit der Wissenschaft in der Demokratie und über die politischen Kontroversen in den Hochschulen einschließlich der Probleme der Hochschul- und Studienreform wieder aufnehmen. Diese Diskussion ist jahrelang vernachlässigt worden, erklärten der bildungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion MdB Anton Pfeifer, und der Obmann im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, MdB Volker Rühe, in Bonn auf einer Pressekonferenz.

In diesen Dialog gehört auch die nüchterne Erörterung der Ergebnisse der Allensbach-Umfrage. Dabei ist selbstverständlich diese Umfrage von kritischer,

wissenschaftlicher Infragestellung nicht ausgenommen. Aber auch die totalitäre Einstellung eines Teils der Studenten und Hochschullehrer zu einem marxistischen Alleinvertretungsanspruch in der Wissenschaftsmethodik und zur — in der Umfrage festgestellten — Anfälligkeit eines Teils der Hochschulangehörigen für eine prinzipielle Gegnerschaft zu dem freiheitlichen Staat darf von dieser Erörterung nicht ausgeschlossen werden.

In dieser Auseinandersetzung ist es weder angebracht, die Ergebnisse der Allensbach-Umfrage einfach abzuqualifizieren, wie es neben anderen beispielsweise Bundesminister Schmude getan hat, noch ist es überzeugend, die Umfrage für eine pauschale Studentenbeschimpfung zu mißbrauchen. Die Umfrage-Ergebnisse werden für die CDU/CSU vielmehr der Anlaß sein, verstärkt die sachliche Diskussion mit den Betroffenen fortzusetzen.

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU beabsichtigt, als erste direkte Konsequenz aus der Allensbach-Umfrage folgende Schritte zu unternehmen:

- **genaue Aufarbeitung des ganzen Umfragematerials, das wir beim Institut angefordert haben,**
- **Einladung an Frau Professor Dr. Noelle-Neumann zu einer Erörterung der Umfrage-Ergebnisse im Arbeitskreis für Bildung, Wissenschaft, For-**

schung und Technologie bzw. in der gesamten CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

- **Aufforderung an die Bundesregierung und die Länderregierung, ihrerseits Material zu diesem Problem und Ergebnisse aufzuarbeiten und der öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen.**

Aus dieser Umfrage müssen schon jetzt politische Konsequenzen gezogen werden. So muß die politische Bildung in den Schulen, z. B. im Sozialkunde- und Geschichtsunterricht, aber auch in den Hochschulen durch entsprechende Lehrveranstaltungen so vertieft und ausgeweitet werden, daß mehr objektive Informationen über unser freiheitliches Gesellschafts- und demokratisches Staatssystem vermittelt werden.

Die Hochschulen sind aufgefordert, den wissenschaftlichen und politischen Pluralismus auch wirklich zu praktizieren.

Die wissenschaftliche Marxismuskritik in Forschung und Lehre muß in den Hochschulen verstärkt betrieben und institutionalisiert werden.

Bei unseren Initiativen im Bereich der politischen Einstellungen der Studenten gehen wir von dem Ziel aus, uns offen mit ihren Auffassungen auseinanderzusetzen und sie von den Vorteilen unserer freiheitlich-demokratischen und pluralistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu überzeugen. Wir gehen davon aus, daß nur eine Minderheit an den Hochschulen sich prinzipiell weigert, die besseren Argumente anzuhören und zu erwägen. Dazu ist es aber notwendig, in die Hochschulen hineinzugehen, die Diskussion zu suchen und jedem Versuch zur Isolierung der Studenten von der Gesellschaft entgegenzuarbeiten.

■ VERMÖGEN

Neue Spar-Ideen verwirklichen

Wirtschaftspolitisch ist es nach Ansicht des vermögenspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elmar Pieroth, jetzt von hoher Bedeutung, daß die Sparquote stabilisiert wird. Deshalb darf die Sparförderung nicht abgebaut, sondern muß umstrukturiert werden, damit die wirtschaftlich notwendigen Wirkungen eintreten.

Die Sparquote sank in den letzten Monaten auf den alarmierenden Stand von 13,5 %, den niedrigsten seit Jahren. Finanzminister Matthöfer, der sich selbst als einen Gegner der Förderung von Sparen und Vermögensbildung bezeichnet, verkennt die Folgen dieses Absinkens, wenn er die staatliche Sparförderung als „Gift für die derzeitige Konjunktorentwicklung“ bezeichnet. Er übersieht dabei die grundlegenden volkswirtschaftlichen Zusammenhänge. Wir schlagen deshalb vor: Ähnlich der Förderung des Bausparens ist das Ansparen zum Selbständigwerden zu erleichtern, damit die gefährliche Auszehrung des unternehmerischen Nachwuchses gestoppt werden kann. Notwendig ist dabei die Verlagerung der Schwerpunkte in der Sparförderung. Entscheidende Voraussetzung bildet die Verstärkung des Risikosparens und damit eine Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Produktivkapital.

■ JUGENDHILFE

Das Elternrecht wird ausgehöhlt

Viele haben lange Jahre auf das gewartet, was nun endlich die Bundesregierung vorgelegt hat: den Entwurf eines Jugendhilfegesetzes (JHG). Es ist zu begrüßen, daß nach mehreren Versuchen und langjähriger Diskussion die Bundesregierung nun endlich beim Wort genommen werden kann. Der vorgelegte Jugendhilfegesetz-Entwurf wird aber noch viel Kritik und Ablehnung erfahren.

Der Entwurf stößt nach Ansicht von Hermann Kroll-Schlüter, dem jugendpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, und MdB Irmgard Karwatzki, an verfassungsrechtliche Grenzen, und zwar deshalb, weil er das Elternrecht aushöhlt. Es gibt fast keinen Lebensbereich des jungen Menschen mehr, in dem der Staat sich durch dieses neue Jugendhilfegesetz nicht die Möglichkeit des Eingriffs eröffnet. Man trägt mutwillig Konflikte in die Familie hinein, wenn schon Vierzehnjährige Anträge auf öffentliche Jugendhilfe außerhalb des Elternhauses stellen können, und zwar gegen den Willen der Eltern.

Dieser Entwurf, sollte er Gesetz werden, führt zu einer großen Rechtsunsicherheit. Denn ständig wechselnde unbestimmte Rechtsbegriffe werden auf immer neue ungenau beschriebene Tatbestände angewandt. Gegenüber sozialpädagogischen Methoden, die auch in der Öffentlichkeit und Wissenschaft umstritten sind, sollte der Gesetzgeber Zurückhaltung üben.

Wenn dieses fast totale Erziehungsgesetz umfassend angewandt wird, sind wir vom totalen Erziehungsstaat nicht mehr weit entfernt. Jede Freizeitgestaltung soll sozialpädagogisch strukturiert angelegt sein. Jede noch so simple Gefährdung rechtfertigt den pädagogisch-therapeutischen Einsatz. Anfang und Ende der öffentlichen Erziehungshilfe sind nicht genau bestimmt.

Dieser Gesetzentwurf vertraut der öffentlichen Erziehung, den Eltern und Familien dagegen mißtraut er. In Konflikt- und Streitfällen weiß ein Staat nach diesem Gesetz immer besser, was dem Wohle des Kindes und des Jugendlichen dient als die Eltern selber. Zwar ist Erziehungshilfe grundsätzlich freiwillig, doch indirekt werden auch Eltern und Verwandte zur therapeutischen Behandlung genötigt. Nach diesem Entwurf wird es bald einen kostenlosen staatlichen Gesundheitsdienst im Bereich der Therapie geben.

Die freie Jugendarbeit kommt zu kurz. Vorrang hat der öffentliche Träger. Die Jugendverbände müssen sehr enttäuscht sein; sie können diesen Entwurf nicht akzeptieren. Die Grundsätze zur Beschreibung der Jugendarbeit entsprechen nicht dem Verständnis moderner Jugendarbeit. Völlig unbeantwortet bleibt die Kostenfrage. Bund, Länder und Gemeinden sind überrascht von einer Entwicklung, die sie bei der gegenwärtig angespannten Haushaltslage finanziell kaum erfüllen können.

■ BAföG

Schmude hat eine gute Chance verpaßt

Das 6. BAföG-Änderungsgesetz zeigt erneut die Fortschreibung bisheriger Fehler in der Ausbildungsförderung durch die Bundesregierung. Bildungsminister Schmude hat mit diesem Gesetzentwurf die gute Chance verpaßt, bei knappen Staatsfinanzen eine vernünftige Kurskorrektur zugunsten größerer Effizienz in der Vergabe der Ausbildungsförderungsmittel vorzunehmen, erklärte der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, MdB Volker Rüge.

Indem die SPD/FDP-Bundesregierung dem Vorschlag der CDU/CSU, einen zweiten Leistungsnachweis für BAföG-Empfänger am Ende des 6. Fachsemesters einzuführen, nicht gefolgt ist, hat sie leichtfertig die Möglichkeit vergeben, diejenigen Studenten, die intensiv studieren, besser und wirkungsvoller zu fördern.

Statt dessen verstreut die Bundesregierung die Förderungsmittel, ohne die Förderung stärker von der individuellen Leistung und vom tatsächlichen Studieneinsatz abhängig zu machen. Durch den Vorschlag der CDU/CSU wäre der Mißbrauch der Ausbildungsförderung durch „unechte“, lediglich formal eingeschriebene Studenten unterbunden worden.

Bildungsminister Schmude hat sich in seinem Gesetzentwurf nicht einmal getraut, der Forderung der CDU/CSU zu folgen, Ausbildungsförderungsmittel

dann von den Empfängern zurückzuführen, wenn sie nachweislich Lehrveranstaltungen bestreiken, zu Streiks aufrufen oder Studierwillige am Besuch von Lehrveranstaltungen gehindert haben. Mit dieser Forderung will die CDU/CSU die Ausbildungsförderungsmittel, die aus Steuerzahlungen aufgebracht werden, ausschließlich ihrem Verwendungszweck zuführen.

SPD und FDP sind ferner nicht dem CDU/CSU-Vorschlag gefolgt, einen zusätzlichen Anreiz für einen schnellen Studienabschluß durch einen weiteren Darlehenseraß zu schaffen: Bei rechtzeitigem Studienabschluß: 1 000 DM; bei vorgezogenem Studienabschluß um ein Semester 2 000 DM. Unzureichend ist insbesondere die Erhöhung der Freibeträge auf das Einkommen der Eltern von 1 200 DM auf 1 300 DM im Gesetzentwurf der Bundesregierung. Hier liegt ein besonderer Schwerpunkt der Forderungen der CDU/CSU, weil die Bezieher mittlerer Einkommen, die heute über Gebühr belastet und nach der geltenden Regelung benachteiligt sind, bessergestellt werden müssen. Mit der deutlich akzentuierten Erhöhung der Freibeträge will die CDU/CSU ausdrücklich die Familienfreundlichkeit der Ausbildungsförderung wesentlich verbessern.

Insgesamt erfüllt der Gesetzentwurf nicht die Erwartungen der Union. Unsere Vorschläge für Strukturverbesserungen zugunsten der Geförderten, die ihre Ausbildungsverpflichtungen konzentriert erfüllen sind ebensowenig berücksichtigt worden, wie die Entlastung der Bezieher mittlerer Einkommen, die weiterhin in der Unsicherheit bleiben, bei steigendem Bruttoeinkommen für ihre Kinder Ausbildungsförderung zu verlieren.

Zur Sache:

Das Ergebnis einer kinderfeindlichen Politik:

Dank SPD/FDP weniger Kindergeld als 1970

und dies im Internationalen Jahr des Kindes. Die materielle Situation der Familien mit Kindern hat sich unter der Verantwortung von SPD und FDP seit 1970 kontinuierlich verschlechtert:

Familien mit zwei oder drei Kindern erhalten real, durch inzwischen eingetretene Preissteigerungen, weniger fürs Kind als 1970.

Die letzten Kindergelderhöhungen sind nur Augenwischerei:

Durch die jetzt vom Kabinett beschlossenen Kindergelderhöhungen könnte bestenfalls die reale Kaufkraft von 1970 wieder erreicht werden. Und dies auch nur für Familien mit drei Kindern, denn bei einem oder zwei Kindern gehen die Familien völlig leer aus. Durch die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer, die ja die Familien voll trifft, bleibt noch weniger übrig:

Die CDU fordert deshalb: Endlich mehr Kindergeld.

Dazu unser Vorschlag:

- Von 1979 an Erhöhung des Drittkindergeldes um 45,— DM auf 195,— DM.
- Von 1980 an Erhöhung des Zweitkindergeldes um 20,— DM auf 100,— DM.

Die Politik der SPD und FDP ist kinderfeindlich. Darüber können alle verbalen Pflichtübungen der Bundesregierung nicht hinwegtäuschen.

Auch im Internationalen Jahr des Kindes tut die Bundesregierung zu wenig für Kinder und Familien.

CDU
 **sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

- 20. 11. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand,
Stuttgart
- 20. 11. CDU Niedersachsen
Geschäftsführender Vorstand,
Hannover
- 21./22. 11. SU Westfalen-Lippe
Landesschüler-Kongreß, Bochum
- 23. 11. LV Westfalen-Lippe und
LV Rheinland
Ruhrgebietskonferenz, Dortmund
- 23./24. 11. **CDU — Bund**
Frauenvereinigung, Klausurtagung
des Bundesvorstandes, Stuttgart
- 24. 11. **KPV der CDU/CSU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
- 24. 11. **KPV der CDU/CSU — Bund**
Hauptausschuß, Bonn
- 24. 11. LV Oldenburg
Landesvorstand, Landespartei-
ausschuß — Europatag —,
Oldenburg
- 24. 11. LV Saar
Landesvertreterversammlung,
Saarbrücken
- 24./25. 11. Landes-Agrarausschuß Schleswig-
Holstein und BFA-Agrarpolitik
Landeskonferenz des Landes-
Agrarausschusses Schleswig-

- Holstein in Verbindung mit dem
BFA Agrarpolitik, Malente
- 25. 11. BV Württemberg-Hohenzollern
Bezirksparteitag, Biberach
- 25. 11. LV Rheinland-Pfalz
Aufstellung der Kandidaten für
Landtagswahl 1979; Wk II,
Simmern
- 25. 11. BV Württemberg-Hohenzollern
Bezirksvertreterversammlung,
Biberach
- 27. 11. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
- 27. 11. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz
- 27. 11. CDU Niedersachsen
Vorstand, Hannover
- 29./30. 11. **CDU — Bund, Sozialausschüsse**
Sozialsekretärskonferenz,
Königswinter
- 1. 12. LV Berlin, Landesvorstand, Berlin
- 1. 12. LV Berlin, Landesauschuß, Berlin
- 1. 12. **CDU — Bund, Frauenvereinigung**
Sitzung der Informations-
kommission der Europa-Sektion
Bonn
- 1. 12. LV Schleswig-Holstein
Frauenvereinigung, Hauptausschuß
Steinhorst
- 2. 12. LV Schleswig-Holstein
Sicherheitspolitischer Kongreß,
Neumünster
- 2. 12. LV Rheinland-Pfalz
Landesagrarkongreß, Simmern

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 3 DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD